

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Abend), 9. März 2022 / Mercredi soir, 9 mars 2022

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**37 2021.RRGR.362 Motion 243-2021 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)
Sich zuspitzende Lage bei der psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern**

**37 2021.RRGR.362 Motion 243-2021 Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, PS)
Soins psychiatriques dans le canton de Berne : la situation se détériore**

Fortsetzung / Suite

Le président. (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Voilà, chères et chers collègues, j'espère que le doux son de ma voix fera venir les derniers. Nous sommes bientôt 81... – Nous reprenons là où nous en étions restés. Merci de vous asseoir. Je souhaite bon courage à Mme la députée de Watteville qui va prendre la parole de suite.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts), porte-parole de groupe. Merci, dans ce brouhaha et devant une salle vide, Monsieur le Conseiller d'Etat, Monsieur le Président, chers collègues absents et présents, au cours de ces deux dernières années, la pandémie et les mesures de lutte ont laissé des traces sur la santé mentale des enfants, des jeunes en Suisse et des moins jeunes. Le nombre de problèmes psychiques et le nombre de tentatives de suicide ont augmenté de manière drastique.

Les organisations unies de pédiatrie et de médecine de l'adolescence le soulignent, la presse du dimanche 6 mars met exactement le doigt sur cette problématique. Lukas Engelberg, président de la Conférence suisse des directeurs de la santé (CDS), a écrit à Alain Berset et tire la sonnette d'alarme. Les délais d'attente pour les examens et les traitements ont pris une ampleur qui n'est plus acceptable. La Confédération et les cantons doivent prendre des mesures immédiates et débloquent des fonds pour remédier à cette situation, a-t-on pu lire dans la presse de dimanche.

Nous sommes bien conscients qu'une baguette magique n'existe pas, que le manque de personnel est un fait. Il s'agit dès lors d'être innovant et prêt à soutenir les institutions dans un court terme et puis de travailler sur du long terme pour éviter que l'érosion au niveau du personnel ne se péjore encore. Salaires, attractivité, conditions de travail, statut d'indépendant ou pas – nous avons de quoi faire des progrès. Nous pensons que des institutions ou organisations pourraient être plus sollicitées pour garantir une meilleure hygiène de vie en amont, creuser dans la prévention et dans l'accompagnement social peut-être. La Direction de la santé propose des pistes, nous les soutenons, qu'elles soient cantonales ou nationales, afin d'agir ; et puisqu'il y a urgence, les Verts soutiennent la motion et le postulat si c'est modifié, merci pour votre attention.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Die FDP unterstützt den Vorstoss gerne als Postulat, aus folgenden Gründen aber nicht in Form der Motion: Die Problematik – da sind wir uns einig – erkennen wir alle, das liegt leider schon seit vielen Jahren auf dem Tisch. Lösen muss man es. Aber – und es gibt hier doch ein grosses Aber – gerade die ersten zwei Punkte sind relativ harte, scharfe Forderungen: «stellt [...] umgehend sicher», «stellt [...] umgehend sicher». Auch der Gesundheitsdirektor – oder der Regierungsrat – kann das Problem ja effektiv gar nicht alleine umsetzen.

Die Blickrichtung in Richtung Regierung ist hier wirklich sehr, sehr einseitig. Wo ist die Rolle der Fachgesellschaften? Wo ist die Rolle der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie, Kinderpsy-

chirurgie? Wo ist die Rolle der Leistungserbringer: der Spitäler, der Institutionen, der Standesorganisationen, der Berufsverbände? Es wurde ja hingewiesen auf die Hausarztmedizin: Da haben z. B. die kantonalen Ärztesellschaften, das Berner Institut für Hausarztmedizin der Uni (Biham) die Sache angepackt und nicht einfach nur dem Regierungsrat den Auftrag gegeben. Die Regierung hat geholfen, die Regierung hat Gelder gesprochen, der Grosse Rat auch, z. B. für das Biham. Eine alleinige Konzentration auf den Regierungsrat ist einfach nicht richtig.

Diese Gesellschaften und die Fachgesellschaft – mir ist eigentlich noch nie aufgefallen, was die Schweizerische Gesellschaft für die Psychiatrie wirklich macht analog dazu, was man für die Hausarztmedizin gemacht hat. Deshalb: Das, was die Regierung tun kann – das möchte sie ja auch machen, sie will unterstützen –, kann sie nur dort machen, wo sie wirklich auch zuständig ist, und die genannten Fachgesellschaften, die Institutionen, die Berufsverbände müssen ihre Rolle dort auch vermehrt wahrnehmen, damit wir dieses berechnete Problem wirklich lösen können. Deswegen die Form als Postulat und nicht als Motion.

Melanie Gasser, Ostermundigen (glp), Fraktionssprecherin. Ja, dieser Wunsch oder die diversen Wünsche in dieser Motion sind für die glp absolut berechnete. Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass alle möglichen Massnahmen zur Linderung dieses Fachkräftemangels und der Versorgungslücken zu ergreifen sind. Wir erwarten ein ambitioniertes Engagement des Regierungsrates. Wie schon die Motionärin richtig gesagt hat: Wir tolerieren kein Verstecken hinter der Umsetzung der Pflegeinitiative. Man kann nicht so lange zuwarten.

Das Engagement im Bereich der Ausbildung reicht aber aus unserer Sicht nicht. Da wurde schon einiges gemacht, es gilt mehr zu machen. Aber ein ganz wichtiger Faktor für uns ist die Berufssattraktivität. Der Regierungsrat kann diesbezüglich Einfluss nehmen. Er ist zwar nicht direkt, aber indirekt, Arbeitgeber. Er vergibt Leistungsverträge, und dadurch kann er Einfluss nehmen auf die Berufssattraktivität und auf gewisse Bedingungen für das Personal. Wir sind der Auffassung, dass er den Handlungsspielraum nutzen soll. Auch national kann man sich nicht einfach hinter diesen Tarifwerken des Bundes verstecken. Der Regierungsrat hat durchaus die Möglichkeit, auf Bundesebene aktiv zu werden und dem Kanton Bern, unseren Problemen und unseren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Man muss aber auch sagen, dass der Regierungsrat bei den Fluktuationsraten, die wir im Kanton Bern in den psychiatrischen Kliniken sehen, durchaus eine Möglichkeit hat, seine Pflichten besser wahrzunehmen. Ich erinnere an die momentanen Zustände in der psychiatrischen Klinik in Münsingen. Da stellt sich schon die Frage, ob die Aufsichtspflicht des Kantons in richtiger Art und Weise wahrgenommen wird, oder ob man da nicht mehr machen könnte.

Aber gleichwohl sagt die glp, dass man dem Umstand Rechnung tragen muss, dass der Fachkräftemangel wahrscheinlich nicht von heute auf morgen gelindert werden kann. Viele Massnahmen sind mittelfristig oder langfristig zu realisieren bzw. werden wahrscheinlich erst langfristig Wirkung zeigen. Der Handlungsspielraum ist nur in einzelnen Punkten gegeben, in anderen vielleicht eben auch nicht. Da müssen wir zugeben, dass die Zuständigkeiten wohl auch bei anderen Playern zu finden sind. Wir würden ein Postulat klar bevorzugen. Eindeutig ist, dass die glp-Fraktion einer Überweisung in Postulatsform zustimmen wird. Grossmehrheitlich würde man aber auch der Motion zustimmen.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Die Mitte-Fraktion sieht die Problematik des Fachkräftemangels, gerade speziell in der Psychiatrie. Uns hat die Antwort des Regierungsrates überzeugt, dass Handlungsbedarf besteht. Wir folgen dem. Der Spielraum ist beim Kanton eingeschränkt. Er muss aber anstossen und helfen, Lösungen zu erarbeiten. Mit diesem Wissen und der Forderung nach Lösungen muss der Regierungsrat prüfen und anstossen. Wir erwarten, dass der Regierungsrat grundsätzlich in dieser Thematik die Versorgung aktiv plant und unterstützt. Das Postulat gibt den nötigen Spielraum. Das Postulat darf aber nicht in der Schublade verschwinden. Die Mitte unterstützt einstimmig – wie der Regierungsrat – die Form des Postulats.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP), Fraktionssprecherin. Diese Motion spricht einen Missstand in der kantonalen psychiatrischen Versorgung an, der uns als EVP-Fraktion beelendet. Menschen in einer Krisensituation warten zum Teil monatelang auf ihre Diagnose, und wenn sie eine haben, dann warten sie oft nochmals monatelang, ihre Therapie endlich aufnehmen zu können. Dies alles wegen einem viel zu knappen Angebot an niedergelassenen psychiatrischen Fachpersonen und stationären Plätzen. Man könnte also überspitzt sagen, dass der Fachkräftemangel in der Schweiz der Flaschenhals einer guten und adäquaten psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern ist. Dies ist für die Betroffenen schlicht unhaltbar und langfristig sogar schädlich.

Wir sind darum ein bisschen enttäuscht von der defensiven Antwort des Regierungsrates, der trotz seines versorgungsplanerischen Auftrags die Lösungsfindung nicht als *seine* Aufgabe betrachtet, sondern den Ball weiterspielt an die Tarifpartner oder an den Bundesrat. Als EVP-Fraktion wünschen wir uns vom Regierungsrat etwas mehr «Guzzi», wenn ich das so sagen darf – übrigens von allen anderen Akteuren in diesem Bereich natürlich auch. Wir werden darum diesen Vorstoss als Postulat einstimmig überweisen und werden auch einige Stimmen einer Motion geben können.

Zudem: Wenn wir die Antwort des Regierungsrates lesen, steht dort sogar schon drin – wenn wir ehrlich sind –, wie der Regierungsrat z. B. den Punkt 2 umsetzen kann. Ich zitiere aus der Antwort: «Mittelfristig könnte der Regierungsrat eine Förderung der verschiedenen Psychiaterberufe» – Klammer, in der diese aufgeführt sind – «prüfen und Vorschläge erarbeiten, wie diese Berufe attraktiver gemacht werden könnten.» Ja, da danken wir natürlich dem Regierungsrat, aber wir sagen: nicht nur prüfen, sondern auch gleich machen.

Zum Punkt 3 haben wir in der regierungsrätlichen Antwort wenig gehört; dazu war nichts zu lesen. Aber wir haben auch kein Argument, das dagegenspricht, darum könnten wir auch dazu Ja sagen. Fazit: Die EVP-Fraktion sagt Ja zu einer Verbesserung der psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern und nimmt diesen Vorstoss an.

Jetzt vielleicht noch ein Gedanke am Rande. Es gilt nicht nur in den bisherigen Kategorien zu denken, sprich kurativ oder in Face-to-Face-Settings. Es gibt heute z. B. innovative Präventionsangebote, welche die Kinder und Jugendlichen z. B. schon in der Schule oder in ihrem Sozialraum abholen und sensibilisieren. Das können auch soziale Medien sein. Oder es gibt Onlinetools, die präventiv oder kurativ eingesetzt werden können und so eine Behandlung *vor* einem voll ausgeprägten Krankheitsbild ermöglichen. Wir ermutigen darum den Regierungsrat und vor allem auch die Leistungserbringer, dieses Feld auch in dieser Hinsicht zu bearbeiten, was übrigens natürlich einen positiven Effekt haben kann in Zeiten von Fachkräftemangel.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Fraktionssprecherin. Die Situation in der Psychiatrie spitzt sich zu, und diese Motion verlangt drei sehr klar umrissene Punkte. Einer davon, wie der wertvolle Kollege Grossrat Kohler schon gesagt hat, soll umgehend angepackt werden. Unser Regierungsrat hat vorher moniert, dass wir immer Berichte wollen, Zahlen wollen, noch mehr Informationen. Hier bei dieser Motion kann man handeln. Hier geht es um konkrete Massnahmen.

In der Antwort wird nämlich auch klar: Es wird nicht so einfach sein, zu handeln, und vielleicht wäre es schlau, wenn man jetzt schon beginnen würde. Es heisst nämlich, das Pflegepersonal könne nicht so einfach gefunden werden. Wer sich noch erinnert an die vorletzte Motion (M 232-2021): Genau darüber haben wir gesprochen. Er verweist in seiner Antwort darauf, dass auch die Arbeitgeber eine Verantwortung hätten. Man kann es noch weiterführen, und ich greife wieder das Votum von Grossrat Kohler auf, der sagt: Auch die Fachorganisationen haben ihre Verantwortung – ja, klar. Es haben alle ihre Verantwortung, alle sollen einen Teil mittragen. Aber wenn es dazu führt, was uns der VPOD heute auf das Pult hat legen lassen, nämlich die heisse Kartoffel, dann ist es nicht das, was wir für die Bevölkerung im Kanton Bern brauchen können. Irgendjemand muss einmal sagen: «So, wir packen das an, wir machen den Start!», weil dies eine Schlange ist, die immer weitergeht, oder eben eine Kartoffel, die immer weitergereicht wird, die recht attraktiv sein könnte, wenn man sie im richtigen Moment packen würde.

Psychiatrische Themen sind Themen, die sich nicht einfach lösen lassen. Man kann nicht sagen, «Warten Sie ein wenig!», sondern daraus kann etwas viel Massiveres entstehen, z. B. Thema Suizid. Daher lohnt es sich, hier hinzuschauen und die drei einzelnen Punkte der Motion wirklich anzu-

nehmen. Man könnte griffige Massnahmen machen, wie das zum Teil schon in der Antwort gestanden ist. Es gäbe z. B. niederschwellige Beratungen, es gibt aufsuchende Notfallbehandlung. Solche Konzepte sind vorhanden, sie liegen parat in der Schublade. Aber: Es braucht auch eine Finanzierung. Wir sind hier im Grossen Rat des Kantons Bern, hier kann man solche Finanzierungen eben sprechen, und darum würde es im Rahmen einer solchen Motion passen. Mich überrascht es, dass der Regierungsrat nur bereit ist, dies als Postulat anzunehmen, dass er das prüfen möchte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie mal, wie sich die Zahlen in der stationären und ambulanten Psychiatrie entwickelt haben. Die Zahlen haben sich fast verdoppelt seit 2020. Die Covidpandemie hat auch hier ihre Spuren hinterlassen. Das müssen wir *jetzt* anpacken und wir müssen *jetzt* entsprechend handeln. Deshalb sagt die SP-JUSO-PSA-Fraktion ganz klar: nicht prüfen, sondern machen. Überweisen Sie diese Motion als Motion.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Die Motionärin legt ihren Finger auf einen wunden Punkt im Kanton Bern. Die psychiatrische Versorgung von Menschen in entsprechenden Notlagen kommt zunehmend an den Anschlag. Der Trend ist nicht neu und ist – wie bei vielem – durch die äusserst einschneidenden und lang andauernden Corona-Massnahmen nochmals verschärft worden.

Gleichzeitig ist es nicht so, dass der Kanton nichts gemacht hat. Die finanzielle Unterstützung der ambulanten Krisenintervention der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) und der Modellversuch zur Förderung von psychiatrischen Akutbehandlungen sind zwei löbliche Beispiele. Beim Hausärztemangel herrscht eine ähnliche Problematik. Der Kanton hat auch dort Massnahmen getroffen, um die Situation zu verbessern. Wie der Regierungsrat schreibt, können diese Massnahmen als Vorbild dienen, gerade auch für den Psychiatriebereich.

Ganz allgemein möchte ich aber zu bedenken geben, dass es wahrscheinlich keinen Gesellschaftsbereich gibt – soweit ich das beurteilen kann –, in welchen der Staat so stark regulierend und kontrollierend eingreift wie in das Gesundheitswesen. Zuweilen scheinen mir die Eingriffe so stark zu sein, dass mich das Ganze an eine grosse Planwirtschaft erinnert. Interessanterweise spricht sogar der Regierungsrat von einem dysfunktionalen tariflichen Umfeld. Nicht funktionierende Preismechanismen und Preissignale sind Symptome davon, dass der natürliche Marktmechanismus durch staatliche Interventionen zu sehr ausgehebelt wird. Ich bin mir jedoch bewusst, dass dieser Hinweis hier jetzt nicht gerade auf der Flughöhe der Handlungsmöglichkeiten des Regierungsrates ist.

Für die EDU-Fraktion ist klar, dass im Bereich der psychiatrischen Versorgung Handlungsbedarf besteht. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Massnahmen zur Verbesserung der Situation ergreift. Die EDU-Fraktion ist bereit, dem Regierungsrat diesen Prüfauftrag zu geben. Einige würden diesem Vorstoss vielleicht auch als Motion zustimmen.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS), intervenante à titre personnel. De plus en plus d'enfants et d'adolescents en Suisse souffrent de troubles psychiques et le coronavirus a exacerbé le problème. La situation de nombreux jeunes s'est aggravée de manière dramatique. Les médecins psychiatres, les psychologues, ont des listes d'attente de plusieurs mois, nous l'avons déjà dit, nous le savons, et les places en institution manquent. Il y a malheureusement des jeunes qui sont orientés vers des institutions qui ne sont pas adaptées à leur cas. Nous savons qu'en cas de maladie, de stress psychique, une action rapide et des interventions thérapeutiques précoces permettent d'éviter des traitements longs et coûteux. Les cas chroniques peuvent être évités avec des actions de prévention en amont.

La prévention du suicide, la détection précoce dans les institutions, les écoles, à travers des moyens numériques aussi, doivent être soutenues, et j'insiste sur cet aspect essentiel de la prévention où le canton peut faire davantage en soutenant des projets. Nous parlons trop peu de prévention, Mesdames et Messieurs : la prévention est un investissement, un investissement sur le capital santé de notre population. Nous attendons d'avoir des malades pour agir et pour soigner.

Le canton a la tâche de couvrir les besoins en soin dans le canton et doit chercher rapidement des moyens d'entreprendre ce qui relève de sa compétence et de ses possibilités afin d'améliorer la situation le plus rapidement possible. Nous pouvons aussi examiner les postes de formation post-

graduée dans les cabinets médicaux, de manière identique à l'assistanat en médecine générale. Le ministre nous a dit que ce projet était en cours. Nous devons aussi valoriser la prise en charge multidisciplinaire avec des infirmières spécialisées et aussi avec la garantie des indemnités pour le personnel non médical.

Le projet pilote de psychiatrie aigüe à domicile (« Traitements psychiatriques aigus à domicile ») est en cours par les Services psychiatriques universitaires (SPU) de Berne (Universitäre Psychiatrische Dienste Bern [UPD]) et l'hôpital régional de Langenthal. Le projet a pris en effet du retard en raison de la pandémie qui a freiné beaucoup de projets, mais il faut le réactiver. Je vois un potentiel très intéressant dans la prise en charge à domicile pour les cas aigus, avec une équipe mobile pluridisciplinaire, avec également la télémédecine qui est à considérer très sérieusement. Je souhaiterais que le canton active ce projet, analyse sa faisabilité et son financement sur un plus long terme. Je vous remercie de soutenir la motion.

Michel Seiler, Trubschachen (parteilos), Einzelsprecher. Statt eines Geldfonds sollten wir einen Denkfonds öffnen, und jedes Mitglied hier wird verpflichtet, sich daran zu beteiligen. Ich möchte deswegen mal in die Runde fragen: Warum fragen wir hier nicht ganz einfach nach dem Wesentlichen? Nämlich: Warum haben wir immer mehr psychisch kranke und labile Menschen? 300 Prozent mehr Kinder und Jugendliche in kürzester Zeit in den Kinderpsychiatrien. Wenn wir dieser Frage nicht einmal grundsätzlich nachgehen, werden wir diese Negativspirale nie verlassen können, und wir werden immer zu wenige Menschen haben in dieser Arbeit, die diese Arbeit machen.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Einzelsprecher. Sie werden vielleicht überrascht sein: Der Feuz gehört zu den wenigen der SVP, den diese Motion überzeugt, und zwar mit klarer Überzeugung. Sie müssen sich diese Forderungen mal anschauen: Was genau wird verlangt? Es wird verlangt, dass man mit geeigneten Massnahmen umgehend sicherstellt, dass die stationäre und ambulante Versorgung auch im Bereich der Psychiatrie, Akutpsychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie sichergestellt ist. Zweitens: Man will, dass man die Problematik trotz Personalmangel aktiv angeht. Drittens: Man will, dass die Psychiatrie-Spitex, die von den Hausärzten verordnet werden kann, vermehrt miteinzubeziehen ist. Das ist für mich absolut entscheidend.

Ich erlaube mir hier ein paar wenige Bemerkungen. Wir haben die Coronasituation gehabt. Wir wissen alle, was das geheissen hat für Jugendliche, die nicht mehr in den Ausgang gehen konnten, die sich isoliert haben. Leute, die ich persönlich kenne, die vorher psychische Probleme hatten, haben noch grössere Probleme. Und jetzt haben wir die Situation, dass man die Leute teilweise nicht behandeln kann. Ich wende mich jetzt etwas an die bürgerliche Mehrheit. Denken Sie daran: Wenn Sie ein Haus haben, dessen Dach kaputt ist und es schon ziemlich hineinregnet – wenn Sie gar nichts machen, wird der Schaden immer grösser.

Ich gehe jetzt auf den Einzelfall ein. Wir haben Leute mit psychischen Problemen mit Eigen- und Fremdgefährdung. Jetzt können Sie diese ein Jahr lang nicht behandeln. Dann haben Sie Angst, dass das Kind sich etwas antut oder einem Geschwister etwas antut. Was wollen Sie jetzt konkret machen? Da bin ich der Meinung – man kann darüber diskutieren: Für mich ist die Motionsform ganz klar gegeben. Ich möchte Sie wirklich bitten, denken Sie immer an die Situation, wenn Sie einen solchen Problemfall zu Hause haben. Rechtlich heisst es immer, man müsse eingreifen. Wenn der Vater merkt: «Ich habe ein Kind», und die Mutter ist vielleicht gefährdet, dann verlangt man von Ihnen, dass Sie eingreifen, sonst haben Sie dann eine Garantenstellung. Sie haben eine Obhutspflicht und haben diese nicht erfüllt. Aber da ist auch der Staat gefordert, in den Fällen, die problematisch sind, etwas zu machen.

Deshalb möchte ich an Sie appellieren, in diesem Sinne die Sache in Motionsform zu unterstützen. Springen Sie über Ihren Schatten! Das ist für mich wirklich ein Problem. Und denken Sie daran, dass Sie in Ihrem Umfeld vielleicht auch bereits solche Fälle gesehen haben, an die wir meiner Meinung nach eben denken müssen.

Jetzt noch ein bisschen etwas punkto Ausbildung. Sie wissen, der Feuz ist nicht jemand mit grosser Affinität zu Naturwissenschaften und Mathematik. Bedenken Sie bei der Ausbildung: Wenn Sie – wie zu meiner Zeit – Propädeutika haben, die sehr hohe Anforderungen an die naturwissenschaftli-

chen und mathematischen Kenntnisse stellen, schreckt dies vielleicht Leute mit Empathie von der Psychiatrie ab. Und bedenken Sie – das meine ich v. a. für das Protokoll –, dass man vielleicht dort einen anderen Arzttyp hat als jenen, den es unbedingt auch braucht: den Wissenschaftler, der als Radiologe, Anästhesist tätig ist. Es gibt eben auch dort verschiedene Spezialitäten.

Aber nochmals um zusammenzufassen: Denken Sie an all die problematischen Fälle, bei denen Sie ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. Dabei kommt es zu einem kurzen Unterbruch der Audioübertragung. / Le président demande à l'orateur de conclure. Une brève interruption de la retransmission audio se produit à ce moment-là.)* ... mit Kindern, die Probleme haben. Denken Sie an diese, überlegen Sie es sich nochmals, stimmen Sie mit Überzeugung Ja, wie es der Feuz kann, der ja weiss Gott nicht ein Linksabweichler ist.

Le président. La parole n'est plus demandée, je laisse M. le conseiller d'Etat Schnegg s'exprimer.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Tout d'abord, j'aimerais remercier le député Seiler. Je crois qu'il a mis le doigt là où il y aurait quelque chose à faire rapidement.

Pour revenir à cette motion, permettez-moi de relever un certain nombre de points que j'ai déjà mentionnés durant cet après-midi. Le canton a d'ores et déjà pris un certain nombre de mesures importantes, telles que l'obligation de formation postgrade pour tous les hôpitaux de la liste hospitalière. Cela vaut bien entendu également pour les hôpitaux psychiatriques, ceci nous permettra d'avoir plus de moyens et plus de places de formation à notre disposition. Comme cela a été prévu dans la loi sur les soins hospitaliers (LSH), la psychiatrie, entre autres, fait partie des domaines à soutenir particulièrement ; cela nous permettra également d'avoir plus de moyens à disposition pour les hôpitaux qui forment des professionnels dans ce domaine-là. En ce qui concerne la prise en charge à domicile : le projet n'est pas du tout stoppé. Au contraire, nous avons donné notre OK pour lancer ce projet définitivement et nous attendons encore le rapport final des UPD. Bien entendu, nous avons également prévu une clé de répartition entre les assureurs et le canton.

Pour la psychiatrie des jeunes et adolescents, les UPD nous ont demandé un soutien pour faire face à leur problématique. Ce soutien leur a été accordé en un laps de temps extrêmement court. Il s'est agi de quelques jours, ce qui leur a permis de monter des teams pour intervenir à ce sujet. Il a beaucoup été question cet après-midi de services fermés en raison d'un manque de personnel. Oui, c'est arrivé, par contre je n'ai jamais entendu quelqu'un relever que des services ont été fermés parce qu'il n'y avait pas de patients. Mesdames et Messieurs, ces événements se sont passés durant la crise COVID dans les hôpitaux psychiatriques. Je regrette juste que les professionnels des départements qui ont été fermés par manque de patients n'aient pas été mis à disposition des services où il y avait des besoins supplémentaires ; et tout ça en raison de l'égo de certaines personnalités. Je n'interviendrai pas plus longtemps sur ce thème.

On a également entendu parler du fait que le canton pourrait s'engager davantage sur les tarifs. Je crois qu'il n'y a aucun canton suisse qui s'engage pour les tarifs plus que le canton de Berne. Nous mettons toutes nos forces pour aller de l'avant dans les tarifs, autant stationnaires et ambulatoires. Mon personnel et moi passons de nombreuses heures – souvent en-dehors des heures de bureaux traditionnelles – à essayer de trouver des solutions à ce niveau-là. Cela dit, si quelqu'un a des bonnes idées, je suis preneur.

Mesdames et Messieurs, je crois que le canton est prêt à aller de l'avant, le canton est prêt à faire évoluer la situation dans ce domaine-là. Mais c'est clair que ce n'est pas le canton qui peut traiter les patients, ce sont les institutions. Et pour cela nous avons besoin de bons projets et ces bons projets, nous les soutenons. Des exemples ont été donnés : de la prise en charge à domicile, par exemple, mais également les centres d'intervention que les UPD ont mis en place très rapidement. C'est la raison pour laquelle je vous invite à accepter cette motion sous la forme d'un postulat.

Le président. La parole est encore sollicitée par la motionnaire. Je laisse le micro à Mme la députée Gabi Schönenberger.

Sarah Gabi Schönenberger, Schwarzenburg (SP), Motionärin. Ja, herzlichen Dank Ihnen hier in diesem Saal, dass Sie trotz der vorgerückten Stunde geholfen haben mitzudenken und mitzudebat-
tieren.

Ja, es ist von vielen gesagt worden, wir verlangen *jetzt* Taten, das ist richtig – deshalb diese Motion, genau, im Motionsform. Herr Kohler von der FDP hat gesagt: «Lösen muss man es, aber...» Ja, wer ist denn «man»? Der Kanton ist es, er muss es tun. Ja, lösen muss er es, und zwar jetzt und ohne Wenn und Aber.

Die Versorgungssituation im Kanton Bern ist ungenügend – das ist eine Realität. Die Wartezeiten sind viel zu lang, gerade in Akutsituationen fehlen Angebote. Ärztinnen und Ärzte und vor allem auch das Pflegepersonal sind in ihrer täglichen Arbeit mit dieser Unterversorgung konfrontiert, z. B., wenn über Monate keine Therapieplätze für Kinder und Jugendliche gefunden werden können in Einrichtungen – oder nicht in geeigneten Einrichtungen. Ich möchte Ihnen ganz kurz das Beispiel einer Familie, die ich sogar persönlich kenne, erzählen. Ein hoch suizidales Kind, eine Jugendliche mittlerweile, mit komplexem Krankheitsbild über Jahre hinweg, musste wieder nach Hause gehen, weil nirgends ein Platz zu finden war. Die Jugendliche hat drei Geschwister. Die Geschwister haben sie nach einem Suizidversuch bewusstlos im Badzimmer aufgefunden – nicht das erste Mal, mehrere Male –, und ich sage nicht, in welchem Zustand. Schlimm, traumatisch für alle, aber auch für das Umfeld. Denken Sie auch an das Umfeld.

Übrigens, besagte Studie hat die Zahlen schon vor Corona erhoben, und die Zahlen waren damals schon extrem hoch. Sie können davon ausgehen, dass die Pandemiesituation der letzten zwei Jahre nicht geholfen hat, die Zahlen zu senken, sondern das Gegenteil bewirkt hat.

Noch ganz kurz: Es ist gesagt worden, die grösste Medizinische Fakultät und die Plätze der Universität Bern – ja gut, super, das finde ich toll. Aber: Wir bringen nicht den erwünschten Effekt hin, wenn wir zukünftig nicht mehr darauf achten, in welche Richtung diese Assistenzärztinnen und -ärzte abwandern. Wir müssen eben schon während des Studiums darauf achten, dies besser zu lenken. Orthopäden und Orthopädinnen haben wir genug – ja, es ist gut bezahlt, aber wir haben genug. Man kann es über die Abgeltung regeln, aber auch über die Ausbildung bereits im Studium.

Was habe ich noch sagen wollen? Genau: Schnelles Handeln und frühzeitige therapeutische Interventionen sind wichtig. Der Regierungsrat steht auch in der Pflicht. Er steht in der Pflicht, das steht sogar in unserer Kantonsverfassung und in vielen Gesetzen und Verordnungen – Sie kennen diese Sachen. Ich bitte den Regierungsrat, hinsichtlich dieser Pflicht rasch nach Wegen zu suchen, jetzt das Möglichste zu unternehmen, um so schnell als möglich eine Verbesserung dieser Unterversorgung, dieser prekären Versorgungssituation zu erreichen. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Merci all jenen hier in diesem Saal, die jetzt an jene denken, denen es weniger gut geht, denen es schlecht geht, die Hilfe und Unterstützung brauchen – *jetzt* diese Hilfe brauchen.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 37, l'intervention est maintenue sous la forme d'une motion : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.362

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	69
Nein / Non	75
Enthalten / Abstentions	2

Le président. Vous avez rejeté cette intervention sous la forme d'une motion.

Je remercie M. le conseiller d'Etat et ses collaborateurs d'être passés nous voir. Je vous souhaite une bonne soirée et à bientôt.